

## 2,3 Millionen Freiwillige und 250.000 Beschäftigte im gemeinnützigen Sektor verdienen Wertschätzung und bessere Rahmenbedingungen



2,3 Millionen Freiwillige und 250.000 Beschäftigte im gemeinnützigen Sektor verdienen mehr Wertschätzung und bessere Rahmenbedingungen.

Credit: Pick&Barth Digital Strategies  
Fotograf: Stockfoto



2,3 Millionen Freiwillige und 250.000 Beschäftigte im gemeinnützigen Sektor verdienen mehr Wertschätzung und bessere Rahmenbedingungen.

Credit: Pick&Barth Digital Strategies  
Fotograf: Aleksandra Pawloff



2,3 Millionen Freiwillige und 250.000 Beschäftigte im gemeinnützigen Sektor verdienen mehr Wertschätzung und bessere Rahmenbedingungen.

Credit: Pick&Barth Digital Strategies  
Fotograf: Pflasterspektakel/Erber



2,3 Millionen Freiwillige und 250.000 Beschäftigte im gemeinnützigen Sektor verdienen mehr Wertschätzung und bessere Rahmenbedingungen.

Credit: Pick&Barth Digital Strategies  
Fotograf: SDG Watch Austria / Stephan Wohlmuth

einem "Ministerium für Zivilgesellschaft" und verlangt Vertretung im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss. =

Wien (OTS) - Vertreter\*innen der im [BÜNDNIS FÜR GEMEINNÜTZIGKEIT] (<https://buendnis-gemeinnuetzigkeit.at/>) zusammengeschlossenen Verbände und Netzwerke aus den Bereichen Bildung, Soziales, Beschäftigung, Inklusion, Kultur, Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit haben heute in Wien erklärt, warum ihre Mitglieder mehr Sichtbarkeit, bessere Rahmenbedingungen und mehr politische Mitsprache brauchen. Mit der Kampagne [#gemeinnützigbraucht...] (<https://buendnis-gemeinnuetzigkeit.at/gemeinnuetzig-braucht/>) wollen sie, während ÖVP und GRÜNE über die nächste Regierung verhandeln, auf ihre [Vorschläge] (<https://www.ots.at/redirect/gemeinnuetzig2>) zur Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements und gemeinwohlorientierter Arbeit aufmerksam machen.

Walter Marschitz, Geschäftsführer der [Sozialwirtschaft Österreich] (<http://www.bags-kv.at/>), Verband gemeinnütziger Organisationen und sozialer Unternehmen mit fast 500 Mitgliedern: "Unsere Leistungen werden immer mehr nachgefragt, gleichzeitig werden die Rahmenbedingungen immer schwieriger. 250.000 Beschäftigte und ein Sektor mit einer Wertschöpfung, die größer ist, als die der Landwirtschaft, verdienen eine entsprechende Berücksichtigung im Arbeitsprogramm und bei der Ressortverteilung jeder zukünftigen Regierung".

Manuela Vollmann, Vorsitzende von [arbeit plus] (<https://arbeitplus.at/>), einem Netzwerk von rund 200 gemeinnützigen, arbeitsmarktpolitischen Unternehmen in Österreich, ergänzt: "Soziale Unternehmen leisten einen unentbehrlichen Beitrag zur sozialen Integration und sind wirtschaftlich erfolgreich. Wir verlangen, dass ihre Leistungen so wie die anderer Branchen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung separat berechnet und ausgewiesen werden".

Auf die enorme Bedeutung des freiwilligen Engagements für das Gemeinwohl und den sozialen Zusammenhalt weist Günther Lutschinger, Geschäftsführer des [Fundraising Verband Austria] (<https://www.fundraising.at/>), Dachverband von 330 spendenwerbenden Organisationen, hin: "Mehr als 2,3 Millionen Freiwillige in gemeinnützigen Organisationen und Vereinen halten unsere Gesellschaft zusammen. Um dieses Niveau halten und weiter ausbauen zu können,

braucht es eine Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeitsrechts, bessere Rahmenbedingungen für die Freiwilligen und das Schließen der Lücken bei der Spendenabsetzbarkeit im Bereich Bildung und Tierschutz."

Yvonne Gimpel, Geschäftsführerin der [IG Kultur] (<https://www.igkultur.at/>), einem Dachverband von 776 autonomen Kulturinitiativen in ganz Österreich, fordert mehr Beteiligung ein: "Mehr als 500.000 ehrenamtlich Engagierte bringen Kultur in unseren Alltag. Die Politik sollte ihre Arbeit unterstützen und mit ihnen den regelmäßigen Dialog pflegen, damit ihre Kreativität auch in die Politik einfließen kann."

"Diejenigen, die Gesetze machen, sind oft weit weg von denen, die diese Gesetze betreffen. Für eine gute Qualität sind Expertise aus der sozialen Praxis und die konkreten Erfahrungen vor Ort unersetzlich", sagt Martin Schenk, Vorsitzender der [Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt] (<http://www.freiewohlfahrt.at/>), in der die Hilfsorganisationen Caritas, Diakonie, Hilfswerk, Rotes Kreuz und Volkshilfe zusammenarbeiten. Das gelte auch für Europa: "Nächstes Jahr ist die Bundesregierung aufgefordert, die österreichischen Mitglieder des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) neu zu nominieren. Wir wünschen uns, dass dieses Mal Vertreter\*innen aus dem gemeinnützigen und zivilgesellschaftlichen Bereich dabei sind."

Franz Neunteufl, Geschäftsführer der [IGO - Interessenvertretung Gemeinnütziger Organisationen] (<https://gemeinnuetzig.at/>) und Sprecher des BÜNDNIS FÜR GEMEINNÜTZIGKEIT, fasst zusammen: "Gemeinnützige Organisationen und ihre Mitarbeiter\*innen sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und leisten einen wesentlichen Beitrag zum Gemeinwohl. Sie tragen auch zur Erneuerung der Gesellschaft bei, indem sie auf bestehende Mängel hinweisen und manchmal unbequeme Wahrheiten aussprechen." Die zukünftige Bundesregierung sei deshalb aufgerufen, diese wichtigen Leistungen entsprechend zu würdigen und zu unterstützen, so Neunteufl abschließend.

Im [BÜNDNIS FÜR GEMEINNÜTZIGKEIT] (<https://buendnis-gemeinnuetzigkeit.at/>) sind derzeit 18 Verbände und Netzwerke mit insgesamt mehr als 3.000 Mitgliedsorganisationen zusammengeschlossen. Die Aufnahme weiterer Mitglieder ist geplant.

Bild(er) zu dieser Aussendung finden Sie im AOM / Originalbild-Service

sowie im OTS-Bildarchiv unter <http://bild.ots.at>

~

Rückfragehinweis:

DI Franz Neunteufl, E: [kontakt@buendnis-gemeinnuetzigkeit.at](mailto:kontakt@buendnis-gemeinnuetzigkeit.at), T: 0664 5747584

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/30274/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0059 2019-12-16/11:00

161100 Dez 19

Link zur Aussendung:

[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20191216\\_OTS0059](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20191216_OTS0059)